

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleitung: Düsseldorf, Konfordiastraße Nr. 7. Fernruf Nr. 4423. Telegramme: Textilverband Düsseldorf.

Verlag: C. M. Schiffer, Düsseldorf, Konfordiastraße 7.
Druck und Versand Joh. van Nieuwen, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65. Fernruf: 4692.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Einer, der's vor Jahrzehnten schon einführte.

Im „Konfektionär“ macht der Industrielle Heinrich Freese einige interessante Ausführungen zu dem Kapitel „Konstitutionelle Fabrik“. Freese hat in seinem Betriebe bereits vor Jahrzehnten aus eigenem Antriebe wertvolle soziale Reformen eingeführt und ließ das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter entsprechend zur Geltung kommen. Trotzdem die Ausführungen des Herrn F. in einigen Punkten durch die jetzigen Ereignisse bereits überholt sind, sind dieselben doch wertvoll. Freese schreibt u. a.:

„Ich kann darauf hinweisen, daß ich mich schon seit Jahren bemüht habe, die Arbeitgeber auf den Wandel der Dinge vorzubereiten, der nach meiner Ansicht früher oder später kommen mußte. Ich habe meine Ständesgenossen immer wieder darauf aufmerksam gemacht, daß Änderungen in der Stellung der Unternehmer zu den Angestellten auf die Dauer nicht zu vermeiden sein werden, daß die hergebrachten Formen anderen weichen müßten und daß der Parlamentarismus wie in der Staats- und Gemeindeverwaltung auch in der Industrie und im Handel kommen werde.“

Mein letztes Buch: „Die konstitutionelle Fabrik“ *) ist vor 10 Jahren erschienen. Ich habe darin geschildert, wie sich

der Uebergang zur konstitutionellen Betriebsform

bei mir vor 35 Jahren vollzogen hat. Mein Buch ist in den Zeitungen sehr gelobt worden. Man hat meine Anregungen beachtenswert gefunden und hat gewünscht, daß die Arbeitgeber ihnen Folge geben möchten. Man hat gemeint, daß das Verfassungsleben in meiner Fabrik ungeahnte Möglichkeiten böte. Der Fabrikparlamentarismus werde kommen, wie der politische Parlamentarismus einst gekommen sei, und er werde unsere Industrie ebenjowenig schädigen, wie die Staaten durch die Einführung der Verfassung geschädigt worden sind. Der Krieg zwischen Kapital und Arbeit werde weiter gehen bis zu einem bitteren Ende. Ich hätte gezeigt, daß der Kampf nicht nötig gewesen wäre.

Was ich vorgeschlagen habe und in meinem Betriebe mehr als drei Jahrzehnte erfolgreich durchgeführt habe, ist kurz folgendes:

Die Arbeits- oder Betriebsordnung

darf nicht mehr einseitig vom Arbeitgeber aufgestellt und nur von der Behörde auf ihre Zulässigkeit geprüft werden, sie muß mit der Arbeiterschaft vereinbart werden. Ist in den Betrieben ein Arbeiterausschuß vorhanden, so muß ihm die Arbeits- oder Betriebsordnung vorgelegt werden. Ist noch kein derartiger Ausschuss vorhanden, so muß er in einer Versammlung oder durch Abgabe von Stimmzetteln sofort gewählt werden.

Die Arbeitsordnung muß mit dem Ausschuss in zweier- oder dreimaliger Lesung sorgfältig durchberaten werden. Es muß alles daraus entfernt werden, was nicht mehr zeitgemäß ist oder von den Arbeitern als ungerecht empfunden wird. Anfang und Ende der Arbeitszeiten, die Zahl und die Dauer der Pausen, die Kündigungsfristen, die Sicherheitsvorschriften müssen mit dem Ausschuss vereinbart werden. Die neue Werkverfassung muß neben der Unterschrift des Arbeitgebers auch die der Arbeitervertreter tragen. Ueber die zweckmäßige Gestaltung des Arbeiterausschusses und seine Tätigkeit gibt mein Buch Auskunft.

Die Zeit- und Stücklöhne

müssen auf freier Vereinbarung beruhen. In meiner Fabrik besteht das System der Tarifverträge schon seit 35 Jahren. Die Verträge tragen neben der Unterschrift des Arbeitgebers und der betreffenden Arbeitergruppen die des Vorstandes des Arbeiterausschusses. Meist werden sie auf drei Jahre abgeschlossen. Kommen Meinungsverschiedenheiten vor, so werden sie in gemeinschaftlicher Beratung geschlichtet. Ein wichtiges Ergebnis unserer Beratungen ist

der Achthundentag

gewesen, der jetzt gesetzlich vorgeschrieben worden ist und in meiner Fabrik schon seit 26 Jahren besteht. Als er bei mir eingeführt werden sollte, schien er ein Waagnis zu sein. Die Arbeiter waren überzeugt, als ich den Vorschlag

machte, und sie hatten allerlei Bedenken dagegen. Die Frauen der Arbeiter erhoben sogar Einspruch dagegen. Ein mehrmonatlicher Versuch bewies uns aber, daß der Achthundentag nicht nur durchführbar war, sondern für alle Beteiligten vorteilhafter war als die langen Arbeitszeiten, die vorher in der Saison bei uns üblich gewesen waren.

Die Wohlfahrtseinrichtungen,

von denen in den meisten Fabriken einige vorhanden sind, müssen grundsätzlich auf freier Selbstverwaltung beruhen. In meiner Fabrik besteht eine Unterstützungskasse, die zinslose Darlehen, Krankenunterstützungen und Sterbegelder, Witwen- und Alterspensionen bewilligt. Erholungsräume und Kaffeeküchen, Fabrikbäckerei und Schrebergärten, eine Fabrikfeuerwehr und eine gemeinschaftliche Feuerversicherung des Mobiliars der Angestellten sind im Laufe der Jahre entstanden. Fast alle sind vom Ausschuss eingerichtet und durchgeführt worden. Die Verwaltung ruht ganz in den Händen der Arbeiterschaft. Ich beteiligte mich daran nur durch Beiträge. Durch Prämien für Verbesserungen wird jeder Vorschlag belohnt, der der Fabrik Nutzen bringt. Es sind bei mir im ganzen mehr als 500 Vorschläge eingereicht und zum Teil prämiert worden. Ich verdanke dieser Einrichtung eine ganze Reihe von wichtigen Verbesserungen.

Seit 1888 sind die Beamten und seit 1890 sind die Arbeiter in allen meinen Betrieben

am Reingewinn des Unternehmens beteiligt.

5 v. H. erhalten die Beamten, 5 v. H. die Arbeiter und 2 1/2 v. H. erhalten die Unterstützungskassen der Fabrik, die während des Krieges allein mehr als dreißigtausend Mark für Unterstützungen an Kriegerfrauen ausgezahlt haben.

Wie im Staat und in den Gemeinden hat der Fabrikparlamentarismus auch im Geschäft seine Grenzen.

Auf die rein kaufmännischen Angelegenheiten,

den Einkauf und Verkauf, die Kreditgewährung an Abnehmer oder die Inanspruchnahme von Bankkrediten haben die Ausschüsse bei mir keinen Einfluß. Das sind Angelegenheiten, die der Arbeitgeber auf seine eigene Gefahr durchführen muß. Die Arbeiterausschüsse haben sich in diese Dinge niemals eingemischt und haben immer nur den Wunsch gehabt, über Angelegenheiten mitzupprechen, die die Arbeiterschaft unmittelbar angehen. Dieses Verlangen ist begründet.

In Betriebszweigen, die einen monopolartigen Charakter haben, wird man

unbedenklich noch weiter gehen können.

Straßenbahnen, Elektrizitätswerke, Bergwerke sind schon vor der Umwälzung vielfach in öffentliches Eigentum übergegangen. Andere Betriebe eignen sich aber durchaus nicht für einen staatlichen oder Gemeindebetrieb. Man würde sie vernichten, wenn man sie der Unternehmer berauben würde, die sie gegründet und aus kleinen Anfängen zu großem Umfang gemacht haben. Für diese Unternehmungen bietet die Teilnahme der Angestellten an der Verwaltung und am Reingewinn einen gangbaren Ausweg. Die Unternehmungen werden dadurch mehr in den Dienst der Allgemeinheit gestellt. Deshalb sollten meine Ständesgenossen nicht zögern, diesen Weg zu betreten.

Jedes Mitglied soll Lohnaufzeichnungen machen.

Im praktischen Leben kann man ohne Beweise nicht auskommen. Wenn man etwas behauptet, muß man die Behauptung mit Beweisen belegen. So geht es auch bei unsern Bestrebungen um bessere Lohnverhältnisse. Fordern wir eine Verbesserung der Löhne, so müssen wir das Unzureichende der bisherigen Lohnhöhe zahlenmäßig beweisen. Manche Verhandlung über Lohnforderungen wäre eher zum Abschluß gekommen, wenn den Arbeitervertretern mehr und stichhaltiges Lohnmaterial zur Verfügung gestanden hätte. Während die Arbeitgeber die Neigung haben, die höchsten Verdienste ins Feld zu führen, wird von den Arbeitnehmern gern umgekehrt verfahren. Hat man aber bei der Verhandlung einen

genauen Ueberblick, dann erleichtert sich dadurch das Zustandekommen eines Abchlusses. Ebenfalls gibt ein möglichst lückenloser Ueberblick über die Löhne ein sicheres Maß dafür, ob die Grundlage, auf der man aufgebaut hat, einen festen Halt abgibt.

Es ist gewiß richtig, daß der neuerliche Abschluß von Tarifverträgen mehr offen zu Tage liegende Klarheit in die Lohnverhältnisse der Textilarbeiter gebracht hat. Trotz und alledem wird die Führung der Lohnstatistik aber nicht überflüssig. Meist sind in den Tarifen Durchschnitts- und Mindestlöhne oder Richtlöhne für die einzelnen Arbeitergruppen festgesetzt. Inwieweit die einzelne Gruppe oder Sparte den Lohn nun durchschnittlich erreicht oder überschreitet, bedarf wieder der Mitkontrolle der Arbeiter selbst. Einzelmindestlöhne sind in den Tarifen meist nur bedingt eingeführt. Auch in den Fällen ist also die Mitkontrolle der Arbeiter notwendig. Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß vor den Schlichtungsausschüssen und Schlichtungsinstanzen zuverlässiges Lohnmaterial unbedingt erforderlich ist.

Es ist eine leichte Mühe für jedes Mitglied, den Lohnzettel jedesmal aufzubewahren. Am besten wird an jedem Bohntage der verdiente Lohn in ein besonderes Büchlein eingetragen, welches von jedem Mitglied gut verwahrt wird. Das Mitglied selbst kann bei den verschiedensten Anlässen im Leben die Aufzeichnungen verwenden und ermöglicht im übrigen dadurch, daß es von Zeit zu Zeit der örtlichen Verbandsleitung die Aufzeichnungen zur Verfügung stellt, dem Verbands eine leichtere Durchsetzung der Forderungen der Arbeiterschaft. Das Mitglied handelt also in jedem Falle in seinem eigenen und im Gesamtinteresse.

Darum: Jedes Mitglied soll sich die Löhne fortlaufend notieren, oder die Lohnzettel geordnet aufbewahren.

Allgemeine Rundschau.

Die Psychose der Massen.

Ein bekannter Führer der Berliner Unabhängigen, der zur schärferen Richtung gehört, Ströbel, hat kürzlich in der „Weltbühne“ einen bemerkenswerten Artikel veröffentlicht, worin er ausführt, daß heute, ähnlich wie im Anfang des Krieges, eine Psychose in die Massen dringe. Nur berausche heute statt des Imperialismus der Bolschewismen die Gemüter. Der Bolschewismus sei für Rußland eine Katastrophe gewesen, und er würde es für Deutschland erst recht sein, da zwei Drittel des Volkes von der Industrie leben. Gewiß, so sagt er, ist das alte kapitalistische System nicht mehr möglich, und man muß sozialisieren, soweit es geht. Aber diese Sozialisierung ermöglicht auch die Demokratie, die ja schon alle wichtigen Kommunen in die Hand der Arbeiter gebracht hat und auch im Reich und in den Einzelstaaten bei einer verständigen Zusammenfassung der sozialistischen Kräfte dem Proletariat die ausschlaggebende Macht sichert. Wozu also, wenn die reale Diktatur auf legalem Wege erreichbar, die formale Diktatur proklamieren, die maßlose Erbitterung wecken und alle Kräfte des Widerstandes aufreizen muß? Wozu Gewalt und Terror, wozu der Bürgerkrieg in Permanenz, wenn kraftvolle und zielklare Ausnützung der demokratischen Handhabung ebenso gut und besser jede organisierte mögliche Sozialisierungsmaßnahme gestattet?

Schon! Es ist nur bedauerlich, daß die Unabhängigen diese Wahrheiten nicht eher betont haben. Sie haben gehetzt und hehen immer noch weiter. Durch das Verhalten der Unabhängigen ist diese Psychose (Stimmung), von der Ströbel spricht, mit zur Herrschaft gekommen.

Ausbildung für erwerbslose Arbeiterinnen.

Wir lesen in einem Düsseldorfener Bericht über die vorstehende Frage folgendes:

„Der Sonderausschuß für weibliche Berufe des Demobilisierungsausschusses hat in Verbindung mit der Fürsorgevermittlungsstelle, Abteilung IV der Zentralstelle für freiwillige Liebestätigkeit, Kurse für weibliche Arbeiterinnen, insbesondere für Jugendliche, eingerichtet. Bisher haben zwei Kurse von je 20 Doppelsunden in Säuglings-, Kinder- und allgemeiner Gesundheitspflege stattgefunden, an denen 45 Arbeiterinnen teilnahmen, außerdem in 28 Stunden und für 15 Schülerinnen Kurse in Handfertigkeitsunterricht. Zur Zeit finden noch Haushaltungskurse für jugendliche Arbeiterinnen statt, die als Lehrfächer Kochen, Waschen, Plätten, Handarbeit, Säuglingspflege, Verwaschen und Lebenskunde umfassen. Hierzu nehmen 32 Schülerinnen teil. Diese Kurse, die auf drei Monate berechnet sind, werden von morgen 8 Uhr bis abends 7 Uhr an drei verschiedenen Stellen abgehalten und von Gewerbe- und Haushaltungslieferanten geleitet. Ein vierter Kursus ist in Vorbereitung. Diese Kurse

*) Verlag von Gustav Fischer in Jena. Preis: geb. 2,50 M.

Haben hauptsächlich den Zweck, solchen Arbeiterinnen, die bisher in der Industrie tätig waren, dort aber nicht mehr verwendet werden können, die Möglichkeit zu geben, sich mit der Ausführung von Hausarbeiten vertraut zu machen. Zweifellos wird durch die Teilnahme an diesen Kursen die Abneigung von Hausfrauen, Fabrikarbeiterinnen als Hauspersonal zu verwenden, allmählich abgebaut werden. Die Kosten werden zum größeren Teil von privater Seite und durch Stiftungsmittel getragen. Während die Stadt Düsseldorf unentgeltlich zwei Lehrerinnen zur Verfügung stellt, gibt die Regierung einen Zuschuß aus dem Jugendpflegefond.

Abgesehen davon, daß die Bemerkung in dem Bericht über die Abneigung der Hausfrauen, Fabrikarbeiterinnen als Hauspersonal zu verwenden, doch in etwa bezeichnend ist, kann die Ausbildung erwerbsloser Arbeiterinnen in besonderen Kursen nur begrüßt werden. Zweifellos würden an manchen Orten der Textilindustrie ähnliche Kurse eingerichtet werden können und wäre auch die Aufwendung von öffentlichen Mitteln nicht zu schade dafür. Es muß aber der früher oft gemachte Fehler dabei vermieden werden, daß die Kurse allzuwenig auf den Arbeiterhaushalt zugeschnitten waren und zu sehr in Theorie gemacht wird. Es kommt vor allen Dingen darauf an, daß die Arbeiterinnen das Gelernte auch später im eigenen Haushalt praktisch verwerten können.

Ein weiteres Glied der langen Kette.

Der „Wfälzer Bote“, Heibelberg, Nr. 85, brachte unter dem Stichwort „Terrorismus gegen christlich organisierte Arbeiter“ folgende Notiz:

„In letzter Zeit haben wir wiederholt auf die traurige Tatsache hinweisen müssen, daß in der gegenwärtigen Zeit der Freiheit der Terrorismus in unheimlicher Weise zunimmt. Bezeichnend ist folgender Fall, der sich nach der „Unterländer Volkszeitung“ vom 3. April in Neleersulm zutrug: Ein resolute Mädchen in der Spinnerei (Gebrüder Spohn) weigerte sich, dem an ihn gestellten Ansinnen, in den Deutschen Textilarbeiterverband einzutreten. Selbst dem Ultimatum — entweder den Betrieb sofort zu verlassen oder die Beitrittserteilung zu unterschreiben — leistete das Mädchen keine Folge; die Arbeiter und Arbeiterinnen der Spinnerei legten deshalb die Arbeit auf kurze Zeit nieder, wozu sich die übrigen Arbeiter der hiesigen Industrie auch anschließen wollten, was aber schließlich noch verhindert wurde. Also wegen eines Mädchens, das sich nicht organisieren will, wenigstens nicht unter Zwang, hätten fast 1600 Arbeiter hier gestreikt.“

Wenn sich der Fall wirklich so verhält und vielleicht noch Schule machen sollte, dann können wir in unserem „Freiheitszeitalter“ noch weitere tolle und wahnsinnige Dinge erleben.

Aus unserer Industrie.

Sarawucher und Schieberwirtschaft.

In welcher struppeliger Weise trotz aller Höchstpreise der Sarawucher betrieben wird, zeigt eine Verhandlung gegen den Agenten Julius Löwy und den Strumpfabrikanten Oskar Dost in Chemnitz vor dem dortigen Landgericht. Löwy kaufte 200 Kilo Garn zum Preise von 67 Mark für das Kilo und verkaufte es an Dost für 72 Mark pro Kilo weiter. Der gesetzliche Höchstpreis war 4,08 Mark. Löwy wurde zu 25.000 Mark und Dost zu 20.000 Mark Geldstrafe verurteilt; 160 Kilo Garn, die bei Dost vorgefunden wurden, wurden eingezogen. — Im übrigen soll in der Wolllindustrie ein geradezu schrecklicher Schleichhandel getrieben werden. Weil nur geringe Mengen zur Verfügung stehen, können wir die staatliche Einteilung und Zuteilung noch nicht entbehren; besonders auch deswegen nicht, um die ärmeren Bevölkerung nicht ganz ohne Kleidung kommen zu lassen. Die Schieber und Schleichhändler kümmern sich aber darum nicht, sondern machen an einigen Plätzen offen gegen die staatliche Beschlagnahme und Zuteilung Front. Man sollte den Schiebern und Probierjägern gründlich auf den Leib rücken.

Die deutsche Leinenindustrie vor einer Katastrophe.

Unter dieser Überschrift verhandelt der Verband deutscher Wollwäcker- und Aufbereitungsanstalten e. B. in Sorau eine Denkschrift, die nachzulesen versucht, daß infolge mangelhafter Waggeneinstellung die Belieferung der Landwirte mit Saatgut behindert wird, und daß dadurch die Landwirte auch weniger Reizung haben, Flachs anzubauen. Die Ärsen sind, zumal auch die Kohlenbelieferungen floden, gezwungen, ihren Betrieb einzuschränken, ja teilweise einzustellen. Infolge dieser Mißstände steht der Flachsabbau für das Jahr 1919, der zunächst auf 100.000 Hektar in Aussicht genommen war, vielleicht ganz in Frage. Gleichzeitig wird durch die oben genannten Ursachen die gesamte Leinenindustrie einer Katastrophe entgegengeführt, da nach den ausführenden Berechnungen nur mit einer Beschäftigung der Leinenwebereien von 5, höchstens 8 v. H. gerechnet werden kann, wenn nicht schleunigst ein Eingreifen der Regierung erfolgt. Der Verband fordert daher 1. 10-jährige genügende Waggeneinstellung zum Transport von Saatgut, Dünger, Kohlen und Flachsroh; 2. 10-jährige ausreichende Kohlenbelieferung der Anstalten und 3. Genehmigung der Log- und Radfahrstraßen.

Die Lage der Textilarbeiter in der badischen Nationalversammlung.

Unser Kollege Gerhard Sieber, welcher der badischen Nationalversammlung angehört, hat dort eine Interpellation eingebracht, in welcher die Regierung befragt wird, welche Schritte sie zur Beseitigung des Dauerstreikens der Textilarbeiter und der Arbeitslosigkeit zu

tun gedenke. In der Begründung der Interpellation wurde die traurige Lage der Textilindustrie und besonders auch die Notlage der Textilarbeiter eingehend geschildert. Dieser forderte vor allen Dingen von der Regierung, daß sie alles tue, um die Einfuhr von Rohstoffen zu ermöglichen, ferner eine günstigere Handhabung der Arbeitslosenunterstützung und vermehrte Errichtung von Notstandsarbeiten. — Die Interpellation führte zu einer ausgiebigen Debatte und war die Veranlassung, daß die Lage der Textilindustrie und vor allen Dingen auch die Lage der Textilarbeiter eingehend erörtert wurde.

Aus unserer Bewegung.

Eingabe an die zentrale Kommission.

Die von der Arbeitsgemeinschaft für die Textilindustrie eingeführte zentrale Kommission hat für das Rheinland die Bildung einer Untergruppe beschlossen. Diesem Beschlusse nachzukommen, haben die linksrheinischen Arbeitgeberverbände der Textilindustrie bis heute abgelehnt. Während rechts des Rheines, den Beschlüssen der Arbeitsgemeinschaft entsprechend, Arbeitgeber und Arbeitnehmerorganisationen zusammenarbeiten, ist dies linksrheinisch in dem Sinne nicht der Fall. Dies ist ein unhaltbarer Zustand, der baldigt beseitigt werden mußte. Der Zentralvorstand unseres Verbandes hat in dieser Angelegenheit der zentralen Kommission eine Eingabe unterbreitet, die wir nachstehend unseren Mitgliedern zur Kenntnis bringen.

Düsseldorf, 5. Mai 1919.
Konfordiastr. 7.

An die Zentrale Kommission für die gesamte Textilindustrie
Berlin W. 35
Schöneberger-Ufer 35.

Die linksrheinischen Verbände der Textilindustrie haben die Bildung einer Untergruppe Rheinland bis jetzt abgelehnt und wollen sich auch sonst nicht an die seitens der zentralen Kommission gefassten Beschlüsse und vereinbarten Richtlinien gebunden halten.

Der von den linksrheinischen Verbänden erhobene Einwand, sie hätten bei den Berliner Beschlüssen nicht mitgewirkt, ist u. E. nicht stichhaltig. Es ist vielmehr dringend erwünscht, daß eine Einheitsfront erzielt und dahingehende Schritte unternommen werden.

Wir sehen uns deshalb genötigt, gegen das Verhalten der genannten Arbeitgeberverbände Einspruch zu erheben und bitten gleichzeitig, daß in der nächsten Sitzung der zentralen Kommission zu der Angelegenheit Stellung genommen wird.

Hochachtungsvoll
Der Zentralvorstand:
F. A.

gez. E. M. Schiffer, Vorstandsvorsitzender.

Seid handhaft und fest.

Wir befinden uns gegenwärtig noch in einem tollen Durcheinander, und wo die Entwicklung eines Tages Halt machen wird, ist noch nicht abzusehen. Die Freiheit wird in unseren Tagen vielfach zur Unfreiheit, die Demokratie zur Autokratie. Für unsere Mitglieder gilt es jetzt, handhaft und fest zu sein. Wo man mit Terror kommt und zwangsweise den Eintritt in den sozialdemokratischen Verband verlangt, da kann die Lösung nur lauten: Hände weg! Wir wollen wirkliche Freiheit und sind keine Verräter an der eigenen Sache! Nur wer handhaft und fest bleibt, ist sich selbst getreu und erwirbt sich letzten Endes Achtung. Sodann gilt es auch, den Elementen, welche sich jetzt wild anstoben und für ihre hinterlistigen Ideen unser Wirtschaftsleben bluten lassen wollen, einen festen Damm entgegenzusetzen. Politische und unruhige Streiks können wir nicht mitmachen; sie schaden der Arbeiterchaft. Wir kämpfen in unseren Gewerkschaften für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Politische Streiks und Demonstrationen sind jetzt ein Unsin. Und Streiks zur Erlangung wirtschaftlicher Vorteile sind erst dann berechtigt, wenn wir auf ledlichem Wege berechtigte Forderungen nicht durchsetzen, bzw. alle Mittel zur friedlichen Beilegung der Differenzen erschöpft sind.

Lassen wir uns von Elementen, welche weder Verantwortung tragen, noch etwas darum geben, wie die wilden Fische letzten Endes auslaufen, nicht ins Bodschorn jagen. Diesen rücksichtslosen und brutalen Gesellen muß man mit Mut und Kraft entgegenretten. Nicht alles über sich ergehen lassen, sondern handeln und unseren Prinzipien treu bleiben. Kämpferzeit müssen wir haben. Gelehrter muß auch darin zum Ausdruck kommen, daß wir in solchen Dingen, welche schädlich für die Arbeiter sind, handhaft und fest bleiben.

Regelung der Lohnverhältnisse in Esslingen.

Zwischen dem Arbeitgeberverband der Textilindustrie für Esslingen und Umgebung einerseits, und den beiden hiesigen Textilarbeiterverbänden andererseits, wurden am 24. April 1919 zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse folgende Vereinbarungen getroffen:

1. Die Arbeitszeit beträgt 48 Stunden in der Woche. Den Betrieben wird die Verteilung der 48 Stunden nach Beschäftigung mit dem Arbeiterausschuße anheimgestellt. Jedoch soll Samstag nicht nach 1 Uhr nachmittags gearbeitet werden.

2. Für Überstunden werden 25 Prozent, für Nachtarbeit (außer bei Schichtwechsel) und für Sonntagarbeit 50 Prozent Zuschlag gewährt. Als Nachtarbeit gilt die Zeit von 8 Uhr abends bis 5 Uhr morgens. 10 Überstunden können in der Woche zugelassen werden.

3. Die Mindestdurchschnittslöhne betragen:

für Gruppe 1 vollwertige Weber und Weberinnen auf schweren Stühlen	1,65 M.
" " 2 minderleistungsfähige Weber	1,50 "
" " 3 männliche Schwerarbeiter	1,50 "
" " 4 männliche Leichtarbeiter	1,30 "
" " 5 Frempler und Wolfer	0,90 "
" " 6 Fadnerinnen	0,90 "
" " 7 Plüsterinnen (Kopperinnen)	1,— "
" " 8 Schererinnen (Tuch)	0,90 "
" " 9 Faltcherinnen	1,05 "
" " 10 Zwirnerinnen	1,— "
" " 11 jüngere Mädchen bis 16 Jahren, wenn sie nicht in eine der obigen Gruppen fallen	0,70 "
" " 12 jüngere Mädchen wie vorstehend 0,70	"

Bei schlechtgehenden Werken wird der Akkordarbeiter entsprechend dem Verdienst der vorhergehenden letzten drei Wochen entschädigt.

Invalide und nachweislich minderleistungsfähige Arbeiter können niedriger entlohnt werden. Meinungsverschiedenheiten hierüber sollen im Benehmen mit dem Ausschusse des Betriebes behoben werden. Bereits bestehende höhere Löhne sollen nicht gekürzt werden.

4. Die bis jetzt gezahlte Kinderzulage bleibt bestehen.

5. Das Abkommen tritt mit der auf das heutige Datum folgenden Lohnwoche in Kraft und hat bis zum 31. Juli 1919 Gültigkeit. Erfolgt von keiner der vertragstheftenden Parteien bis zum 30. Juni dieses Jahres eine Kündigung, so läuft es stillschweigend immer um einen Monat weiter.

Nachschrift. Zu Position 3: Als Schwerarbeiter werden angesehen Färber, Fetzer, Riffenträger, Krempelpußer, Rauher, Spüler, Seltaktorsteller, Walker, Wolllagerarbeiter.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Siegentirchen. Am 4. Mai fand im kath. Vereinshaufe unsere diesjährige Generalversammlung statt, welche sehr gut besucht war. Der Vorsitzende begrüßte die erschienenen Kollegen und Kollegen, sowie auch die Herren Geistlichen, welche uns mit ihrem Besuche beehrten. Mit warmen Worten gedachte man dann der gefallenen und gefangenen Kollegen unserer Ortsgruppe. Sodann wurde zur Neuwahl des Vorstandes geschritten. Als Vorsitzender wurde der Kollege Hermann Langen und als Kassierer der Kollege Johann Heinen gewählt. Außerdem wurden noch mehrere Beisitzer gewählt, welche alle das Amt dankend annahmten. Hierauf erteilte der Vorsitzende dem Gewerkschaftssekretär Jörissen das Wort, welcher sich über die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen verbreitete. Unter Hinweis auf die ungeheure Teuerung aller Lebensmittel und Gebrauchsartikel begründete der Vortragende die Notwendigkeit der Erhöhung der Löhne in den allermeisten hiesigen Textilbetrieben. Er empfahl die sofortige Borknahme der Wahl von Arbeiterausschüssen in allen Betrieben, wo dieses bis dahin noch nicht geschehen sein sollte. Redner gab der Hoffnung Ausdruck, daß wir recht bald auch hier in Mheydt und Umgebung zur Bildung einer Arbeitsgemeinschaft kommen möchten. Diese erstrebe den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens und eine sowohl den Unternehmern sowie auch den Arbeitern zugute kommende wirtschaftliche Förderung unserer gesamten Industrie. An der Arbeitsgemeinschaft müsse die Arbeiterchaft in Zukunft verantwortlich teilnehmen. Das bedente gegenüber dem bisherigen Zustand, wo die Industrie diese Aufgaben im wesentlichen sich allein vorbehalten glaubte, einen großen Fortschritt. Kollege Jörissen schloß seinen heifällig aufgenommenen Bericht mit der Aufforderung zur Pflege des Standesbewußtseins unter der Arbeiterchaft und zur Aufforderung zur Treue zum Verbande. Die sich dann anschließende Aussprache bewegte sich im Sinne der vom Referenten gemachten Ausführungen. Mit der Aufforderung zur Arbeit und zum Aushalten im Verbande schloß Kollege Langen hierauf die Versammlung.

Lobberich. Gemessen an der jetzt vorhandenen Zahl der Mitglieder hätte unsere am 4. Mai stattgefundene Ortsgruppenversammlung besser besucht sein müssen. Der Vorsitzende Kollege Nießen konnte der Versammlung die Mitteilung machen, daß in letzter Zeit eine freundliche Aufwärtsentwicklung der Mitgliederzahlen eingeleitet hat und ermahnte zu weiterer Agitation und Aufklärungsarbeit. Kollege Sans erstattete für den verhanderten Kassierer den Quartalsbericht, der für richtig befunden wurde. Unser Bezirksleiter Kollege Müller, Kreisfeld, berichtete über die Neuregelung der Lohnverhältnisse in der Samt- und Samtbandindustrie, der Färberei und Appretur. Daran anschließend er die Bedeutung einwandfreier stichhaltiger Lohnunterlagen bei Verhandlungen mit den Arbeitgeberern. Eine lebhafte Aussprache im Sinne der vom Referenten gemachten Ausführungen schloß sich dem Vortrage an. Der Kassierer der Kohlenverkaufsstelle der Ortsgruppe erstattete den Geschäftsbericht für das Jahr 1918 und wurde demselben Entlastung erteilt. Die Kohlenverkaufsstelle wurde vor Jahren zwecks Beschaffung billiger und guter Kohlen für die Mitglieder gegründet und hat seit Bestehen diesen ihren Zweck auch leistungsfähig erfüllen können. Leider ist sie in neuerer Zeit in diesem ihren eigentlichen Bestreben gehemmt, und wurde allgemein der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß auch hierin bald andere Verhältnisse wieder Platz greifen dürften. Nachdem die bisherigen Vorstandsmitglieder der Verkaufsstelle wiedergewählt waren, fand die Versammlung ihren Abschluß.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Einer, der's vor Jahrzehnten schon einfuhrte. — Jedes Mitglied soll Lohnaufzeichnungen machen. — Allgemeine Rundschau: Die Hygiene der Maschinen. — Ausbildung für erwerbslose Arbeiterinnen. — Ein weiteres Glied der langen Kette. — Aus unserer Industrie: Sarawucher und Schieberwirtschaft. — Die deutsche Leinenindustrie vor einer Katastrophe. — Die Lage der Textilarbeiter in der badischen Nationalversammlung. — Aus unserer Bewegung: Eingabe an die zentrale Kommission — Seid handhaft und fest. — Regelung der Lohnverhältnisse in Esslingen. — Berichte aus den Ortsgruppen: Siegentirchen. — Lobberich.

Verantwortlich für die Schriftleitung: J. Müller, Kreisfeld.